

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 28 (1952-1953)
Heft: 22

Artikel: Demokratie am 1. August!
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-708214>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Schweizer Soldat

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER WEHRHAFTIGKEIT UND DES WEHRSPORTES

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft „Schweizer Soldat“, Zürich I. Redaktion: E. M6ckli, Adj.-Uof., Postf. 2821 Z6rich-HB., Tel. 56 71 61 Administration, Druck u. Expedition: Aschmann & Scheller AG., Z6rich I, Tel. 32 71 64. Post-Konto VIII 1545. Abonnement Fr. 8.— im Jahr

Erscheint am 15. und Letzten des Monats

22

XXVIII. Jahrgang

31. Juli 1953

Demokratie am 1. August!

Bald ist es so weit! Am 1. August werden 6berall wieder gro6artige Reden gehalten. Von scheinbaren und wirklichen Prominenten werden an diesem Tage die Taten unserer Vorfahren ger6hmt und die Freiheit gepriesen werden. Eine Sturzwelle von Superlativen wird die Zuh6renden 6berschwemmen. Und die meisten werden sich im Ruhmesglanz unserer V6ter sonnen und mit der Ueberzeugung nach Hause gehen, es sei bei uns alles in bester Ordnung. Das ist gef6hrlich, denn es ist nicht alles in Ordnung! Demokratie und Freiheit sind immer in Gefahr, sie sind es aber ganz besonders heute, auch bei uns! Und es ist bitter n6tig, da6 dies auch dem hintersten B6rger klar gemacht wird, denn die Zeit ist gekommen, wo die Hellebarde nicht gefeiert, sondern aus der Ecke hervorgeholt werden mu6. Unsere Demokratie, unsere freiheitlichen Rechte sind tats6chlich in Gefahr, und zwar sowohl von au6en als auch von innen. Wenn der 1. August seinen tieferen Sinn wirklich bewahren soll, dann ist dies der Tag, wo wir uns 6ber diese Dinge Rechenschaft geben m6ssen, 6ber alle Parteigrenzen hinweg, aber auch ohne R6cksicht auf Ansehen der Person und Institution, nur das Interesse des Landes im Auge behaltend.

Von au6en ist unsere Demokratie durch die neue 6stliche totalit6re Welle bedroht. Der Kommunismus hat seinen Plan der Welteroberung niemals aufgegeben. Z6h und hartn6ckig wird der Plan Schritt um Schritt verfolgt, und wenn ein Schritt mi6lingt, dann wird an einer andern Stelle der Vormarsch wieder aufgenommen. Die heutigen Machthaber in Ru6land werden keine Ruhe geben, bis sie ihr Ziel erreicht haben oder — bis sie in die Unm6glichkeit versetzt sind, ihr Ziel zu erreichen! Wo Hammer und Sichel regieren, da ist die Freiheit gestorben, da ist die Demokratie ausgel6scht, da steht an Stelle der freien B6rger und Menschen der Sklave des Partei- und Polizeiapparates.

Was heute in Ru6land und in den 6stlichen Volkdemokratien geschieht, das ist ein Verrat an den Freiheitsrechten des Menschen und eine Sklaverei in modernster Form. Denn ohne pers6nliche Freiheit gibt es keine Demokratie, so gut wie anderseits eine Demokratie nur dort besteht, wo die grundlegende Entscheidungsgewalt beim Volke liegt. Und jedes totalit6re Regime stellt eine Bedrohung des Weltfriedens und aller freien L6nder dar. Pakte und B6ndnisse sind wertlos, sind im Gegenteil nur sch6dlich, denn sie wiegen den freien Partner in falsche Sicherheit. Jegliche Vereinbarung mit einem totalit6ren Staat bedeutet eine Schw6chung der eigenen Position, da er sich nur so lange daran h6lt, als es ihm zweckdienlich erscheint. Die einzige Hilfe zur Abwehr besteht in der eigenen St6rke und Kraft. Das klingt grausam und pessimistisch, aber es ist die Wahrheit. Und darum mu6 schon heute unsere Position klipp und klar bezogen werden. Die milit6rische Bereitschaft mu6 mit allen Mitteln aufrecht erhalten werden, und

jeder Angreifer mu6 wissen, da6 wir uns niemals, selbst gegen eine gewaltige Uebermacht, niemals ergeben werden. Nie wird es bei uns einen Gottwald, wohl aber den Gotthard geben!

Von innen drohen unserer Demokratie Gefahren haupts6chlich von zwei Seiten. In erster Linie sind es die auslandh6rigen PdA-Leute und Kommunisten. Ihr ganzes Streben ist auf die Machtergreifung gerichtet, um dann die gleichen Zust6nde herbeizuf6hren, wie wir sie nun vom Osten her zur Gen6ge kennen. An die Stelle der Volksherrschaft soll die Herrschaft einer allm6chtigen Minderheit treten. Nun gibt es allerdings kein Allheilmittel gegen den Kommunismus im eigenen Lande. So einfach ist die Sache nicht. Wir selbst haben die Aufgabe, ohne Unterla6 da f6r besorgt zu sein, da6 die Demokratie richtig funktioniert. Immer wird — f6r die Innenpolitik gesehen — die Dynamik eines positiven Programms ausschlaggebend sein. Es ist lebensgef6hrlich, zu schlafen, wenn einige wenige bereit sind, zu k6mpfen! Noch gef6hrlicher aber ist es, den Feinden der Demokratie tats6chlich Waffen in die Hand zu liefern, indem man selbst den Weg der wirklichen Demokratie verl66t und die Verfassung mi6achtet oder ritzt! Ein Antikommunismus allein gen6gt aber nicht. Wir wollen weder eine linksextremistische, noch eine rechtsextremistische L6sung des «Falles Schweiz», sondern wir k6mpfen f6r eine Demokratie echt schweizerischer Pr6gung, die sich auf den Aufbau unserer V6ter und auf unsere Bundesverfassung st6tzt. Deshalb darf auch der soziale Fortschritt nicht verlangsamt oder gar abgestoppt werden. Solange wir nicht jedem Mitb6rger ein menschenw6rdiges Dasein garantieren k6nnen, so lange ist auch bei uns die Demokratie noch nicht am Ende ihrer Aufgaben. Es w6re auch unklug, die linksextremistischen Organisationen zu verbieten, solange ihnen nicht direkte Handlungen gegen die Sicherheit des Staates vorgeworfen werden k6nnen. Wir wollen sie nicht «deportieren», sie sollen verdorren am Baum der Demokratie! Wir alle haben es in der Hand, mit dem Stimmzettel da f6r zu sorgen, da6 sie aus jedem 6ffentlichen Amt hinausfliegen und ihnen auch nicht der geringste Einflu6 auf die Staatsgesch6fte 6berlassen bleibt. Dazu braucht es aber B6rger, die sich der Rechte und Pflichten eines Demokraten bewu6t sind und nicht bequeme Profiteure der Vorz6ge unserer Demokratie. Es geht nicht nur um die Erhaltung unserer Demokratie, sondern ebenso sehr um ihre Festigung und Fortbildung.

Dies aber bedeutet, da6 die Demokratie wirklich spielen mu6 und dies f6hrt uns zur zweiten gro6en Gefahr von Innen. Der wichtige Kampf gegen die eine Gruppe darf uns nicht blind machen gegen die Gefahren, die unserer Demokratie von der zunehmenden Allmacht des Staates und der zunehmenden Macht der Verb6nde drohen. Allzu oft werden die h6heren Landesinteressen den Interessen der Verb6nde oder den Interessen der B6rokratie untergeordnet. Mehr und mehr wird reglementiert.

Jeder Schritt ist bald bewilligungspflichtig und damit wird dem anonymen bürokratischen Staatsapparat, dem kalten Paragraphen, eine Macht eingeräumt, die uns langsam, aber sicher, zu ersticken droht. Verfassungsritzen folgen sich am laufenden Band, so daß von einer Verfassungskrise gesprochen werden muß. Wo man aber den klaren Weg der Verfassung einmal verläßt, da stehen dann Tür und Tor für alle möglichen «Seitensprünge» offen. Wenn diese Reglementiererei, dieses Hineingreifen des Staates in unsere persönliche Sphäre, diese Thronerhöhung des Paragraphen weiterhin im bisherigen Tempo anhält, dann ist bald einmal von einer wirklichen Demokratie bei uns nicht mehr viel übrig. Das ist der Weg der Planwirtschaft, zur staatlich gelenkten Arbeit, wo freie Initiative und privater Unternehmungsgeist nicht nur unerwünscht, sondern mit Paragraphen gefesselt werden!

Es ist daher höchste Zeit, daß man einsieht, wie unsere Demokratie auch von dieser Seite bedroht ist. Das Gegenmittel heißt *Kampf!* Kampf gegen die zunehmende Allmacht des Staates, Kampf gegen die überbordende Macht der Verbände, Kampf gegen jede Verfassungsverletzung, Kampf gegen alle neuen Maßnahmen, die aus der föderalistischen Schweiz einen Staat mit unbeschränkter Zentralgewalt machen wollen. Dazu braucht es jedoch Kämpfer, Leute mit Zivilcourage, die sich der Notwendigkeit der Politik in der Demokratie und der *Notwendigkeit einer aufbauenden Opposition* bewußt sind. Unsere regierenden Männer sind sehr oft von einer mimosenhaften Empfindlichkeit gegenüber jeder Kritik! Und doch: *Ein Staat ohne Kritik, eine Regierung ohne Opposition muß*

entarten! Die Stärke einer Behörde — sei es ein Gemeinderat, sei es ein Regierungsrat, sei es ein Bundesrat — zeigt sich am besten dadurch, wie sie freie Kritik und Opposition ertragen kann! Und wo man dies nicht mehr anerkennen will, da sei daran erinnert, daß in einer wahren Demokratie alle Macht nur «geliehene» Macht ist!

Andererseits ist es an uns, dem Staat nicht immer neue Aufgaben aufzubürden und stets jammernd um die Gunst neuer Subventionen zu buhlen. Dieses traurige Laster der «Subventionitis» hat Ausmaße angenommen, die manchmal am Willen des «freien Schweizers», wirklich *frei* bleiben zu wollen, ernstlich zweifeln lassen. *Etwas mehr Selbstbehauptungswille, etwas mehr Rückgrat, etwas weniger Almosenbettelei in Bern*, das ist es, was not tut — wenn wir frei und unabhängig bleiben wollen!

Man sieht, daß tatsächlich Demokratie und Freiheit immer in Gefahr sind. Es ist ein ständiger *Zweifrontenkampf*, einmal gegen die wirklichen Feinde der Demokratie und andererseits gegen die unbegrenzte Macht des Staates.

Wenn daher am 1. August die Freiheitsfeuer gegen den Himmel lodern, dann wollen wir daran denken, daß die Demokratie nicht nur Rechte sondern auch Pflichten, nicht nur Subventionen sondern auch Kämpfe aufweist. Und still und leise wollen wir innerlich geloben, jetzt wieder mit allen Kräften und im Namen Gottes des Allmächtigen zum Kampfe anzutreten *für eine christliche, freiheitliche, soziale, rechtsstaatliche und saubere Demokratie!* (!)

Bundesrat Dr. Kobelt schreibt einer besorgten Mutter

Die Unfälle in der Schweizer Armee

Auf der Frauenseite einer großen schweizerischen Tageszeitung gab die Mutter einer großen Bubenschar unlängst ihrer Besorgnis über die sich mehrenden Unfälle in den Schulen und Kursen der Schweizer Armee Ausdruck. Dieser Artikel wurde auch vom Chef des Eidgenössischen Militärdepartements in Bern gelesen, welcher darauf der Frauenseite und der Verfasserin, Caroline, in einem ausführlichen Brief antwortete. Der in der Basler «National-Zeitung» vom 5. Juli veröffentlichte Brief enthält interessante Angaben über die Unfallstatistik der schweizerischen Landesverteidigung, die auch unsere Leser interessieren dürften.

Der Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes, Bundesrat Kobelt, schreibt:

Sehr geehrte Frau Caroline!

Als Bubenmutter erheben Sie in der «National-Zeitung» Anklagen wegen der Häufung von Unfällen in Rekrutenschulen. Da wir für die Besorgnis einer Mutter volles Verständnis haben, möchten wir versuchen, Ihren Anklagen und Ausführungen zu entgegenen. Wir sind keineswegs entrüstet über die «weibliche Anmaßung» oder über die «Einmischung in Dinge, die man nicht verstehe», sondern teilen mit allen Frauen und Müttern das *tiefe Be-*

dauern um die jungen, hoffnungsvollen Männer, die diesen Unglücksfällen zum Opfer gefallen sind.

Es ist denn auch unser stetes Bemühen, die Unfälle in der Armee zu bekämpfen und die Gefahren nach Möglichkeit einzudämmen, soweit dies das Ziel der militärischen Ausbildung erlaubt.

Dieses Ziel besteht darin, unsere Soldaten und ihre Führer für den Krieg auszubilden und einen gewissen Grad der Kriegstüchtigkeit zu erreichen, damit sie dereinst im Ernstfalle ehrenvoll bestehen können. Der Krieg ist ein *gefährliches Handwerk*, und die Ausbildung zum Krieg verlangt die Ausbildung mit mancherlei Waffen, Geschossen und Sprengmitteln, über deren Gefahren sich die Öffentlichkeit kaum Rechenschaft gibt. Angewandte Uebungen müssen *möglichst kriegsmäßig* angelegt und in jedem Gelände, bei jeder Tageszeit und bei jedem Wetter durchgeführt werden, was naturgemäß wiederum gewisse Gefahren in sich schließt.

Sie verlangen nun, daß Rekruten mit der *Ehrfurcht*, die man jedem Lebewesen schuldet, behandelt werden; Sie fordern, daß Sicherheitsmaßnahmen strikte befolgt und daß militärische Unfälle mit derselben Schärfe wie die zivilen untersucht werden. Sehr geehrte Frau

Caroline, mit all diesen Forderungen stoßen sie offene Türen auf. Alles, was sie verlangen, ist auch das *selbstverständliche Verlangen* aller militärischen Instanzen, und auf allen Stufen ist man bemüht, technische Mängel und menschliches Versagen nach Möglichkeit auszuschalten.

Für die Durchführung von gefährlichen Uebungen und Demonstrationen bestehen zahlreiche Sicherheitsmaßnahmen und auch Sicherheitsvorschriften.

Die Gebote und Verbote sind oft so einschneidend, daß es für die verantwortlichen Kommandanten schwerhält, die Uebungen noch einigermaßen kriegsähnlich anzulegen und durchzuführen. Wo sich aber Unfälle ereignen aus der Nichtbeachtung solcher Sicherheitsvorschriften, da werden sie von der Militärjustiz nicht nur mit aller Strenge untersucht, sondern die fehlbaren Leiter werden von den *Militärgerichten* auch angemessen *bestraft*.

Daß *trotz allen Sicherheitsmaßnahmen und -vorschriften* nicht alle Unfälle vermieden und alle Gefahren gebannt werden können, ist eine Tatsache, die sich auch in den zivilen Bereichen der Berufsarbeit, des *Verkehrs* und des *Sportes* zeigt. So wird es in einem Großbetrieb, wie ihn unsere Armee darstellt, trotz allen Bemühungen kaum gelingen, jeder-